



Nr. 12 / 8. Mai 2020

Flüchtlingsbeauftragter fordert Solidarität mit Geflüchteten in griechischen Flüchtlingslagern

Zur heutigen Landtagsdebatte über die Aufnahme von Geflüchteten von den griechischen Inseln drängt der schleswig-holsteinische Zuwanderungsbeauftragte auf ein erhöhtes Engagement für Menschen in humanitären Notlagen.

Der schleswig-holsteinische Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, Stefan Schmidt, begrüßt das heutige Bekenntnis des Landtags zur Linderung der Not von minderjährigen Flüchtlingen in den griechischen Flüchtlingslagern.

„Mit ihrer im Februar erklärten Bereitschaft, rund 30 Minderjährige aufzunehmen, hat unsere Landesregierung vorgelegt. Nähmen alle Länder orientiert am Königsteiner Schlüssel eine vergleichbare Zahl auf, wäre allein in Deutschland eine Aufnahme von 1.600 Schutzsuchenden möglich. Es ist richtig und wichtig, die schleswig-holsteinische Aufnahmebereitschaft, die besonders in den Kommunen hoch ist, auf Bundesebene offensiv zu vertreten. Gerade in der aktuellen Corona-Situation darf die Bereitschaft, Hilfe zu leisten, nicht zum symbolischen Akt verkümmern. Wir sind zurecht stolz auf das solidarische Handeln unserer Gesellschaft in der Pandemie. Aber zunehmend setzen wir uns nun mit der Frage auseinander, was wir unter Solidarität verstehen sollten. Menschen in den griechischen Flüchtlingslagern, die in Europa in größter Not leben, engagiert zu unterstützen und auch in deutlich höheren Zahlen aufzunehmen, sollte aus meiner Sicht unbedingt dazugehören“, so Stefan Schmidt.